

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Oktober 2011

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in den letzten Wochen gab es nicht „nur“ Staatsschuldenkrise und Griechenlandrettung. Vor allem die Vorschläge der Kommission zur Strukturpolitik sowie die Reformen der Landwirtschaft werden Konsequenzen auch für unsere Region haben.

Auch die Energiepolitik steht im Fokus der europäischen Politik. Mir hat die EVP die Verantwortung als „Schattenberichterstatter“ für den Vorschlag der Kommission für eine Energieeffizienzrichtlinie übertragen. Wie immer informiert Sie unsere Infomail mit kurzen Zusammenfassungen der wichtigsten Politikbereiche. Nutzen Sie die Informationen auch für Diskussionen in Ihren Kommunen und Parteivereinigungen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine Internetpräsenz:
www.markus-pieper.eu



Werden Sie mein Freund bei Facebook: Markus Pieper

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Oktober 2011

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	3
Energieeffizienzrichtlinie	3
Aus den Europäischen Institutionen	4
Strukturpolitik 2014-2020	4
EU - Energieaußenpolitik	4
Gemeinsame Agrarpolitik.....	6
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz.....	7
Umweltdaten	7
EMAS-Leitfaden	7
Kauf-Vertragsrecht.....	7
Sportboote	8
Fluglärm	8
Lärmschutzkonzept – Berechnungsmethoden	9
Lebensmittel – Dioxin und PCB	10
Wirtschaft, Energie, Verkehr.....	11
Kontenpfändung.....	11
Mehrwertsteuer	11
Korruption	11
Infrastruktur-Vernetzung	12
Notrufsysteme in PKWs	13
Automobilpreisbericht 2010.....	13
Amtsblatt - elektronisch.....	13
Förderung.....	14
Förderung und Termine	14
JASMINE	14
Bildung und Soziales	15
Schülerwettbewerb.....	15
Kinder und soziale Netzwerke.....	15
Kinderschutz im Internet	16
Regionales.....	17
Arbeit für das Münsterland	17
Zu Besuch in Straßburg und Brüssel	17
Zu guter Letzt	18

Thema des Monats

Energieeffizienzrichtlinie

Energieeffizienz - 20% Ziel ist möglich

Mitgliedsstaaten aber nicht über einen Kamm scheren

Nach den EU-Vorgaben für 2020 bei CO²--Reduzierung und dem Ausbau erneuerbarer Energien soll jetzt auch ein verbindliches Energieeffizienzziel kommen. Als so genannter „Schattenberichterstatter“ für die EVP begrüße ich den vom grünen Berichterstatter Claude Turmes vorgestellten Vorschlag, mit den Mitgliedsstaaten individuelle Ziele zur künftigen Energieeffizienz zu vereinbaren.

So ist sichergestellt, dass einzelne Länder beim europaweiten 20% Ziel nicht zu überfordern. Der Vorschlag der Grünen, den Mitgliedsstaaten sofort verbindliche Ziele vorzuschreiben und dabei Energieeffizienz mit Energieeinsparungen gleichzusetzen, geht jedoch zu weit. Ziel muss dagegen sein, die **Energieproduktivität** zu erhöhen. Umweltverträgliches Wachstum muss sich künftig auch am verringerten Energie-Einsatz je Einheit Bruttosozialprodukt messen lassen. Gerade für Staaten, die schnell wieder aus der Rezession kommen können, bedeutet eine reine Einsparverpflichtung eine "gefährliche Wachstumsbremse".

Als unverhältnismäßig sehe ich auch die im Richtlinienentwurf der Kommission vorgesehene jährliche Renovierungspflicht von drei Prozent der öffentlichen Gebäude. Alles der Energieeffizienz unterzuordnen hieße bei sozialen, baulichen oder anderen Umwelt-Zielen Abstriche hinnehmen zu müssen. So überschreitet für Kommunen in Brandenburg der durch die neue Richtlinie entstehende finanzielle Sanierungsbedarf den gesamten Haushaltsansatz für bauliche und infrastrukturelle Investitionen. Energieeffizienz darf aber nicht zu Lasten der sozial- und bildungspolitischen Verantwortung der Kommunen gehen.

Hier ist jedes Gespür für den europäischen Auftrag verloren gegangen. Die EU sollte sich auf das Setzen von Zielmarken beschränken und die Wege dorthin weitestgehend den Mitgliedstaaten bzw. Regionen überlassen. Bei Eingriffen in das kommunale Haushaltsrecht hört die Akzeptanz der europäischen Idee auf. Gerade in dieser Zeit darf nicht der Eindruck entstehen, dass die EU ihre Stärke in der regionalen Bevormundung zeigt, aber die wirklich wichtigen Finanz- und außenpolitischen Themen nicht entschlossen genug angeht.

Aus den Europäischen Institutionen

Strukturpolitik 2014-2020

Die Kommission hat ihre Vorschläge für die Strukturfondsförderung 2014-2020 vorgelegt. Danach sind durch Schwerpunktbildung deutliche Veränderungen vorgesehen. So sollen z.B. 80% des Mittelvolumens des Fonds für Regionale Entwicklung (ERDF) in den Bereichen CO²-Reduzierung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit von KMU und 20% der Mittel des Sozialfonds (ERDF) im Bereich Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Das Verordnungs-Paket besteht aus acht Verordnungsentwürfen, wobei für fünf verschiedenen EU-Fördertöpfe (ERDF, ERDF, ERDF, ERDF, ERDF) in einer übergreifenden Rahmenverordnung erstmals gemeinsame Regeln festgelegt werden sollen. Die in dieser Rahmenverordnung vorgesehene Ausdehnung von Pauschalregelungen ist ein Beitrag zur Vereinfachung und zum Abbau von Bürokratie. Andererseits sollen Kontrollbestimmungen, Sanktionsmöglichkeiten und Berichtspflichten massiv ausgebaut werden, allesamt administrative Anforderungen, die Humus für die Bürokratie sind.

Über die Zuweisungen an die Mitgliedstaaten und die nach Kategorien aufgeschlüsselte Liste der förderfähigen Regionen wird erst nach der endgültigen Annahme des Pakets abschließend entschieden. Die Vorschläge werden nun vom Rat und vom Parlament erörtert. Ziel ist eine Annahme vor Ende 2012, damit die neuen Programme 2014 anlaufen können.

Eine Übersicht zum Verordnungspaket unter

<http://www.euractiv.de/regionalpolitik/artikel/kommission-vorschlaege-fr-eu-kooperationspolitik-ab-2014-005466>

EU - Energieaußenpolitik

Die Kommission strebt ein Mitspracherecht bei Energielieferverträgen mit Drittländern an und will die externe Energiepolitik der Mitgliedstaaten koordinieren. Damit soll die Verhandlungsposition der Mitgliedstaaten gegenüber den Energielieferstaaten und Transitländern gestärkt werden. Das ist das Ziel eines am 07.09. 2011 vorgelegten Pakets von Vorschlägen für eine umfassende Strategie zu den Außenbeziehungen der EU im Energiebereich. Vorgeschlagen wird ein Mitspracherecht bis hin zu einem Verhandlungsmandat mit den Lieferstaaten. Es sollen alle Verträge über Gas-, Öl- und Stromlieferungen erfasst werden, die die Mitgliedstaaten mit Ländern außerhalb der EU, z.B. mit Russland, abschließen. Auch bereits abgeschlossene Verträge sollen der Kommission vorgelegt werden, um sie auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Recht zu

Aus den Europäischen Institutionen

überprüfen. Bei der Kommissionsinitiative zur Energieaußenpolitik geht es nur um bilaterale Regierungsabkommen mit Drittstaaten, nicht aber um privatrechtliche Verträge, die auf internationaler Ebene zwischen Unternehmen abgeschlossen werden, was z.B. bei den deutsch-russischen Lieferverträgen der Fall ist. Die Vorschläge liegen nun dem Parlament und dem Rat zur Beratung vor.

Bislang gibt es nur eine Informationspflicht (Mitteilungsverfahren) bei Erdgaslieferverträgen, also kein Überprüfungs- oder Mitspracherecht der Kommission. Auf einem Gipfeltreffen der Regierungschefs im Februar 2011 wurde vereinbart, diese Informationspflicht auch auf Strom- und Erdölverträge auszuweiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1005&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung der Kommission (22 Seiten) vom 7.9.2011 „Die EU-Energiepolitik: Entwicklung der Beziehungen zu Partnern außerhalb der EU“ unter

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0539:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0539:FIN:DE:PDF)

Aus den Europäischen Institutionen

Gemeinsame Agrarpolitik

Die Kommission hat für die Zeit nach 2013 Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik vorgestellt, mit folgenden Kernpunkten: Gerechter verteilte Zahlungen für Landwirte, mehr ökologische Nachhaltigkeit, die ausschließliche Förderung von aktiven Landwirten und der Abbau bürokratischer Hürden für Kleinbauern. Die umweltfreundliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen soll belohnt werden. Die Direktzahlungen an deutsche Landwirte sollen von derzeit 5,4 Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 auf jährlich knapp 5,2 Milliarden Euro sinken. Vorgesehen sind u.a. folgende Maßnahmen:

- Die Einkommensgrundsicherung wird nur aktiven Landwirten gewährt.
- Die bisherigen Direktbeihilfen für Landwirte sollen durch eine Basisprämie pro Betrieb ersetzt werden, die ab 150.000 Euro pro Jahr stufenweise gekürzt und bei 300.000 Euro gedeckelt wird.
- 30 % der Direktzahlungen sollen als "Ökologisierungszuschlag" für folgende umweltschonende Verfahren gezahlt werden: Vermeidung von Monokulturen, Erhaltung von Dauergrünland und von ökologischen Nischen und Erhaltung der Landschaft.
- Erzeugerorganisationen und Branchenverbände sollen gefördert und kurze Absatzwege zwischen Erzeugern und Verbrauchern entwickelt werden.
- Für Landwirte unter 40 Jahren soll in den ersten fünf Jahren ein neues Instrument zur Niederlassungsförderung geschaffen werden.
- Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, Landwirte in Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen mit zusätzlichen Ausgleichszahlungen stärker zu unterstützen.
- Für Kleinlandwirte wird eine Pauschalzahlung von 500 bis 1000 EUR je Betrieb und Jahr eingeführt. Die Übertragung von Flächen von Kleinlandwirten an andere Betriebe, die eine Umstrukturierung vornehmen wollen, wird gefördert.

Der Vorschlag für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wird nunmehr vom Parlament und den Mitgliedstaaten beraten. Presseberichten zufolge waren die ersten Reaktionen im Agrarausschuss eher zurückhaltend.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Umweltdaten

Umweltdaten sollen EU-weit einheitlich definiert werden. Damit kann die grenzübergreifende Vernetzung und Analyse von Umweltdaten und die Prognosefähigkeit verbessert werden. Einheitliche Normen sind die Grundlage dafür, dass Umweltschäden schneller eingeordnet und z.B. bei grenzüberschreitenden Rettungsmaßnahmen schneller reagiert werden kann. Für ein einheitliches Normengerüst haben Experten aus ganz Europa Vorschläge erarbeitet, u.a. zu den Politikbereichen Energie, Klimaschutz, biologische Vielfalt, Meeresumwelt und Gesundheit. Die Vorschläge, bei denen es sich im Wesentlichen um eine harmonisierte Sprachregelung handelt, beziehen sich auf alle von der INSPIRE- Richtlinie erfasste 25 Bereiche.

<http://inspire.jrc.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/201/consultation/45851>

EMAS-Leitfaden

Die Kommission hat einen neuen EMAS- Leitfaden beschlossen. Neu sind die Hinweise, wie das betriebliche Umweltmanagementsystem EMAS für Organisationen mit Tochtergesellschaften weltweit angewendet werden kann. Bei seiner Einführung im Jahr 1993 war EMAS für Einzelstandorte von Organisationen aus den Sektoren Industrie und verarbeitendes Gewerbe vorgesehen. Mit der ersten Novellierung im Jahr 2001 wurde EMAS II für alle Organisationen mit mehreren Standorten (nach wie vor in EU-Mitgliedstaaten und im EWR) geöffnet. EMAS III geht noch weiter und erstreckt sich nun auf Organisationen innerhalb und außerhalb der EU. Diesem Umstand trägt der neue Leitfaden Rechnung.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st13/st13437.de11.pdf>

Kauf-Vertragsrecht

Es gibt jetzt einen Vorschlag für ein einheitliches Europäisches Kauf-Vertragsrecht. Der Kommissionsvorschlag enthält eine umfassende Regelung (186 Artikel) für den Warenkauf, einschließlich digitaler Werke und damit zusammenhängende Dienstleistungen. Mit dem neuen Regelwerk soll das grenzüberschreitende Einkaufen, insbesondere auch Online-Geschäfte, einfacher und risikoloser werden. Das EU-Vertragsrecht soll nur Anwendung finden, wenn sich beide Vertragsparteien freiwillig und ausdrücklich darauf verständigen.

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Die 27 nationalen Kaufrechtsordnungen sollen bestehen bleiben. Die Mitgliedstaaten können aber zulassen, dass das Europäische Vertragsrecht auch auf inländische Verträge angewendet wird. Dass ein eigenständiges, grenzüberschreitendes Vertragsrecht funktionieren kann, zeigt der Handel in den USA. Dort kann ein Händler sein Produkt in 50 Staaten nach einheitlichen Regeln vertreiben, obwohl von New York bis Kalifornien unterschiedliche Gesetze gelten. Einer Umfrage zufolge würden sich 71 % der europäischen Unternehmen bei den grenzüberschreitenden Verkäufen für die Anwendung des europäischen Vertragsrechts entscheiden. Der Verordnungsvorschlag liegt jetzt dem Parlament und Rat zur Zustimmung vor. Das Parlament hat sich bereits in einem Entschließungsantrag vom 8.6.2011 für ein fakultatives EU-Vertragsrecht ausgesprochen.

http://ec.europa.eu/justice/contract/files/common_sales_law/regulation_sales_law_de.pdf

Sportboote

Die Kommission hat eine Revision der Sportboot-Richtlinie vorgeschlagen. Ziel ist eine Verringerung der Belastung europäischer Gewässer durch Freizeitboote (Motorboote, Innenbord-, Außenbord- und Heckmotoren) und Jetskis (Wassermotorräder). Jetskis, die in den Rettungsdiensten und bei der Polizei zum Einsatz kommen, werden von der Neuregelung nicht erfasst. Für neue Sportboote sind strengere Grenzwerte für Stickoxide (-20%), Kohlenwasserstoffe (-20%) und Partikel (-34%) vorgesehen. Darüber hinaus enthält der Entwurf Sicherheitserfordernisse sowie Lärmbelastungsgrenzen. Schließlich müssen die Mitgliedstaaten künftig dafür sorgen, dass bezüglich der CE-Kennzeichnung ausreichende Kontrollen durchgeführt werden; vorschriftswidrige Sportboote sollen unverzüglich konfisziert werden. In Europa gibt es etwa 6 Millionen Sportboote.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0456:FIN:de:PDF>

Fluglärm

Zum Anwohnerschutz an Flughäfen können Lärmgrenzwerte am Boden festgelegt werden. Mit dieser Entscheidung vom 8.9.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) den Lärmschutz für Anwohner von Flughäfen verbessert. In dem zugrundeliegenden Fall hatte eine Fluggesellschaft in Belgien erfolglos dagegen geklagt, dass

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

als Kriterium der Lärmpegel am Boden und nicht am Flugzeug selbst zugrunde gelegt worden war. Die Richter halten dagegen Boden-Messungen für zulässig. Das ist für Wohngebiete von praktischer Bedeutung, die in der Umgebung von Flughäfen liegen. Zu beachten ist aber das EU-Recht, d.h. die Grenzwerte dürfen nicht so streng sein, dass Airlines deswegen ihre wirtschaftliche Tätigkeit aufgeben müssten.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&pi=jurpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docdecision=docdecision&docop=docop&docppoag=docppo>

Lärmschutzkonzept – Berechnungsmethoden

Die Kommission arbeitet an Leitlinien zur Harmonisierung von Berechnungsmethoden für Lärmschutzkonzepte. Diese Leitlinien und die Entwicklung von Dosis-Wirkungs-Relationen zwischen Straßenverkehrs-, Schienenverkehrs- und Fluglärm sowie Industrie- und Gewerbelärm sind wichtige Voraussetzungen, die zur Umsetzung von nationalen Lärmschutzkonzepten von der EU vorgegeben sind. Derzeit wird davon ausgegangen, dass diese EU-Vorgaben bis Ende 2012 vorliegen. Das erklärte die Bundesregierung am 22.8.2011 im Rahmen der Beantwortung einer kleinen Anfrage (BT Ds 17/6819). Erst nach Erlass der Leitlinien kann geprüft werden, welche Bedeutung diese auch für die akustische Planung nach nationalem Recht haben und welcher Anpassungsbedarf sich daraus ergibt.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/068/1706819.pdf>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Lebensmittel – Dioxin und PCB

Deutschland hat die Neuregelung der EU über gesundheitsschädliche Dioxine und PCB in Lebensmitteln umgesetzt. Die im Juli 2011 in Brüssel beschlossenen und ab 01. Januar 2012 geltenden rechtsverbindlichen Höchstgehalte (Grenzwerte) und der freiwillig anzuwendenden Auslösewerte (Frühwarnsystem) sind in einem aktualisierten Leitfaden für Nutztierhalter enthalten. Der Leitfaden des Bundesumweltministeriums gibt Hinweise auf mögliche punktuelle, vom Erzeuger vermeidbare Belastungsquellen und beschreibt den aktuellen Stand der Ursachenforschung für die Verunreinigung einzelner Lebensmittelgruppen wie Schafleber mit Dioxinen und PCB. Auch auf der Grundlage der aktuellen Forschungsergebnisse lassen sich nach Mitteilung des Ministeriums keine Erkenntnisse über Möglichkeiten zur drastischen Verringerung der Belastung von Schafleber mit Dioxinen und PCB ableiten. Daher hält das Bundesinstitut für Risikobewertung seine Empfehlung aufrecht, aus Vorsorgegründen bundesweit den Verzehr von potentiell belasteter Schafleber zu meiden.

www.bmu.de/45787

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Kontenpfändung

Die Kommission hat einen Verordnungsvorschlag zur vorläufigen Kontenpfändung vorgelegt. Mit der Sperrung des Schuldnerkontos soll verhindert werden, dass der in einem anderen EU-Land wohnende Schuldner vor einer gerichtlichen Entscheidung Geld von seinem Konto abhebt und beiseite schafft. Derzeit ist die Rechtslage bei der Eintreibung von Forderungen in einem anderen Mitgliedstaat kompliziert. Daher werden von Unternehmen jährlich ca. 600 Millionen Euro unnötigerweise abgeschrieben, weil sie sich nicht auf kostspielige und undurchsichtige Rechtsstreitigkeiten in anderen Ländern einlassen wollen. Die Verordnung findet auch Anwendung auf eheliche Güterstände und Nachlasssachen, wenn in diesen Fällen Unionsrecht Grundlage der Entscheidungen ist. Mit dem Verordnungsentwurf kommt die Kommission einer Aufforderung des Parlaments nach, zur Erleichterung des grenzübergreifenden Forderungseinzugs Maßnahmen zum Einfrieren und zur Offenlegung von Schuldnervermögen vorzuschlagen. Die Vorstellung eines Gesetzesentwurfs zur Offenlegung entsprechender Vermögenswerte soll 2013 folgen.

http://ec.europa.eu/justice/civil/files/comm-2011-445_de.pdf

Mehrwertsteuer

Es gibt eine Übersicht der in der EU geltenden Mehrwertsteuersätze. Mit Stand vom 1. Juli 2011 liegen 12 Mitgliedstaaten über 20% (Dänemark, Schweden und Ungarn mit 25% Spitzenreiter), 8 Mitgliedstaaten erheben 20% (u.a. Österreich) und 7 Mitgliedstaaten liegen unter 20% (u.a. Deutschland mit 19%, Luxemburg und Zypern als Schlusslichter mit 15%).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_de.pdf

Korruption

Das Parlament drängt auf EU-weite Sanktionen gegen Korruption. In einer Entschließung vom 15.9.2011 werden eine EU-einheitliche Definition von Korruption, angegliche Rechtsvorschriften zum Schutz von Informanten, mehr Transparenz bei Finanztransaktionen und die strafrechtliche Ahndung unrechtmäßiger Bereicherung gefordert. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten werden zugleich aufgefordert, durch klare Verhaltenskodizes, mit eindeutigen Regeln bei Interessenkonflikten, für mehr Transparenz zu sorgen. Korruption ist nicht nur Problem von sogenannten "Bananenrepubliken". Auch in der EU grassiert sie. Das zeigt das Korruptions-Barometer 2010 von Transparency International. Nach Aussagen der Kommission kostet die Korruption die EU-Wirtschaft jährlich 120 Milliarden Euro. Das entspricht 1 % des BIP der EU und ist somit nur geringfügig niedriger als der gesamte Jahreshaushalt der EU.

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Die Kommission hatte am 6.6.2011 in einem Anti-Korruptionspaket Maßnahmen vorgestellt, mit denen entschlossener gegen die Korruption in der EU vorgegangen werden soll. U.a. soll alle zwei Jahre ein „Korruptionsbekämpfungs-Bericht“ veröffentlicht werden (erstmalig 2013), der für jeden Mitgliedstaat einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen, bestehende Schwachpunkte und aktuelle Ziele aufzeigen soll. Das Parlament hat in der Entschließung vom 15.9.2011 gefordert, dass ein erster Bericht bereits 2012 vorgelegt wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0388+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Infrastruktur-Vernetzung

Die Kommission plant einen massiven Ausbau von Verkehrs-, Energie- und Datennetzen. Mit einem 50 Milliarden Programm sollen zwischen 2014 und 2020 in Europas Verkehrs- und Energiestrassen und digitalen Netzen Lücken beseitigt werden, die anders nicht geschlossen werden können. Die Mittel sollen wie folgt eingesetzt werden:

Verkehr: 31,7 Milliarden Euro in die europäische Verkehrsinfrastruktur, um die Verbindungen insbesondere zwischen dem Westen und dem Osten der EU zu verbessern. Aus Deutschland sind u.a. die Verbindung Hamburg/ Bremen nach Hannover, Berlin-München und Karlsruhe-Basel berücksichtigt. Auch die Häfen Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Lübeck, Hamburg und Rostock sollen ausgebaut werden.

Energie: 9,1 Milliarden Euro in die Realisierung von Energie- und Klimazielen, u.a. zur Beseitigung von Engpässen in den Stromnetzen. Für besonders wichtige Projekte soll unter frühzeitiger Bürgerbeteiligung die Genehmigungsverfahren innerhalb von 3 Jahren zum Abschluss gebracht werden. Für ein verkürztes Genehmigungsverfahren gibt es Unterstützung aus dem Parlament.

Datennetze: 9,2 Milliarden Euro für Investitionen in schnelle und sehr schnelle Breitbandnetze und europaweite digitale Dienste.

http://ec.europa.eu/budget/reform/commission-proposals-for-the-multiannual-financial-framework-2014-2020/index_de.htm

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Notrufsysteme in PKWs

Ab 2015 sollen alle neuen PKW und leichten Nutzfahrzeuge mit dem eCall-System ausgestattet werden. Das System wählt bei einem schweren Aufprall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt den genauen Standort des Fahrzeugs und die Fahrtrichtung, was insbesondere auf Autobahnen und in Tunneln wichtig ist. Ein e-Call kann auch manuell ausgelöst werden, etwa durch den Zeugen eines schweren Unfalls, indem ein Knopf im Auto betätigt wird. Experten gehen davon aus, dass durch eCall die Zeitspanne bis zum Eintreffen der Helfer in Stadtgebieten um 40% und in ländlichen Gebieten um 50 % verringert werden kann. Das setzt natürlich voraus, dass die Rettungsleitstellen technisch so ausgerüstet werden, dass sie eCall empfangen und verarbeiten können. Bislang ist nicht erkennbar, wer für diese Kosten aufkommen soll. Die Kosten für das im PKW zu installierende System werden pro Neuwagen auf unter 100 € geschätzt. Derzeit sind weniger als 1% der PKW in der EU mit automatischen Notrufsystemen ausgestattet. Die Kommission hat für 2013 eine Gesetzesinitiative angekündigt, weil die favorisierte Einführung auf freiwilliger Basis bislang erkennbar ohne Erfolg geblieben ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1010&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Automobilpreisbericht 2010

In der EU sind 2010 die Auto-Preise real um 2,5 % gesunken (Deutschland -1,9%; Österreich: -3,4%). Auch die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind rückläufig, aber nach wie vor bedeutend. Erstmals haben sich auch die Preise für Reparatur- und Wartungsleistungen nur im Rahmen des Inflationsanstiegs erhöht. Der Automobilpreisbericht enthält die Listenpreise der 89 meistverkauften Pkw-Modelle von 26 Marken in der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/921&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Amtsblatt - elektronisch

Die elektronische Fassung des Amtsblatts der EU soll rechtsverbindlich werden. Die Bundesregierung hat am 26. 09. 2011 ein Gesetz eingebracht, mit dem die innerstaatlichen Voraussetzungen für die erforderliche Zustimmung Deutschlands geschaffen werden. Ein Jahresabonnement der Papierausgabe des Amtsblatts kostet momentan rund 1.000 Euro. Der Vorschlag der Kommission bedarf der Zustimmung von Rat und Parlament.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/071/1707144.pdf>

Förderung und Termine

JASMINE

Das Programm JASMINE fördert mit Mikrokrediten den Weg in die Selbständigkeit. Mikrokredite sind gewerbliches Darlehen unter 25 000 €. Zielgruppe der seit 2010 bestehenden EU-Förderung sind Kleinstunternehmen und sozial ausgegrenzte Menschen, denen ein Zugang zu Bankdarlehen zur Existenzgründung ansonsten verwehrt ist.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/jasmine/micocredit2010_de.pdf

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=jasminhelp&lang=de>

Schülerwettbewerb

Für 2012 ist ein Schülerwettbewerb zum demografischen Wandel ausgeschrieben worden. Aufgefordert sind Mädchen und Jungen der ersten bis dreizehnten Klasse, die sich alleine oder in Gruppen Gedanken zu folgender Fragestellung machen: „Wie sehen Umwelt, Berufe, Familien oder Städte von morgen angesichts des demografischen Wandels aus?“ Die Ausschreibung und weiterführende Informationen des unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehenden Wettbewerbs unter

<http://www.europaeischer-wettbewerb.de>

Kinder und soziale Netzwerke

Die Privatsphäre Minderjähriger ist in sozialen Netzen nur unzulänglich geschützt. Das ergab eine am 30.9.2011 vorgelegte weitere Überprüfung durch die Kommission. Danach haben nur zwei von neun Websites zur sozialen Vernetzung (Habbo Hotel und Xbox Live) Standardeinstellungen, bei denen die persönlichen Profile Minderjähriger allein von ihren genehmigten Kontakten eingesehen werden können. Bei allen anderen Anbietern haben auch nicht genehmigte Benutzer Zugang zu persönlichen Informationen der Kinder. Diese Informationen ermöglichen zwar nicht zwangsläufig eine sofortige Identifizierung von Minderjährigen, könnten aber dazu genutzt werden. Nach dem Ergebnis dieser Überprüfung hat die zuständige Kommissarin Neelie Kroes ihre Ankündigung wiederholt, noch in diesem Jahr eine umfassende Strategie aus Schutz- und Befähigungsmaßnahmen vorzulegen. Ob sich eine verbesserte Strategie tatsächlich leicht und schnell realisieren lässt, bleibt abzuwarten. Denn unter den Mitgliedstaaten besteht kein Einvernehmen, wie am ehesten Kinderschutz im Internet erreicht werden kann. Das ist in einem am 13.9.2011 vorgelegter Bericht festgestellt worden, der ganz generell zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Kinder in sozialen Netzwerken und bei Videospiele nicht ausreichend vor illegalen oder schädlichen Inhalten geschützt sind.

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/minors/rec/2011_report/index_en.htm

Kinderschutz im Internet

Kinder sind in sozialen Netzwerken und bei Videospiele nicht ausreichend vor schädlichen Inhalten geschützt. Das belegt ein von der Kommission am 13.9.2011 vorgelegter Bericht über den Schutz von Kindern in der digitalen Welt. Danach gibt es in Europa kein einheitliches Schutzniveau. Es bestehen nicht nur zahlreiche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Art und Weise, wie Inhalte überprüft werden. Kritisiert wird auch, dass die EU-Staaten unterschiedliche Alterseinstufungssysteme und technische Mittel nutzen, um zu gewährleisten, dass Websites und Spiele altersgerecht sind. Der Bericht enthält Verbesserungsvorschläge, stellt aber auch fest, dass es unter den Mitgliedstaaten kein Einvernehmen gibt, wie am ehesten Kinderschutz im Internet erreicht werden kann. So sehen z.B. die meisten Mitgliedstaaten zwar einen Verbesserungsbedarf bei ihren Alterseinstufungs- und Klassifizierungssystemen. Es besteht aber keinerlei Einvernehmen darüber, ob medienübergreifende und/oder europaweite Klassifizierungssysteme für Medieninhalte hilfreich und praktikabel sind.

http://ec.europa.eu/avpolicy/docs/reg/minors/2011_report/report_de.pdf

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- "Neuausrichtung der Europäischen Strukturpolitik - Chancen für das Münsterland", Bezirksregierung Münster
- Betriebsbesichtigung Fa. Buschhoff, CDU Ahlen
- Handwerker-Forum im Haus Allendorf, Warendorf
- Biopatente - Katholischen Landvolkbewegung im Bistum Münster, Baumberge Schule, Katholische Grundschule Havixbeck
- Festrede "Tag der deutschen Einheit" in Ibbenbüren
- Arbeitssitzung Oberbürgermeister Städtedreieck MONT (Münster, Osnabrück und Netzwerkstadt Twente) in Brüssel
- EU-Förderung im Kreis Steinfurt, Gespräch mit Landrat und Wirtschaftsförderung im Kreishaus
- Münsterlandnetzwerk - Vorführung eines Münster-Tatorts in der Brüsseler NRW-Landesvertretung mit Polizeipräsidium Münster und 120 Tatort-Fans
- Termine mit CDU-Vereinigungen und Verbänden u. a. in Bocholt, Stadtlohn, Altenberge, Lotte, Greven, Metelen, Saerbeck

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Kardinal von Galen Gymnasium, Mettingen
- Kirchenkreis Tecklenburg
- Seniorenunion Vreden
- Jakob-Kaiser Stiftung Münster
- Landwirtschaftskammer NRW

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Die griechische Regierung will jetzt eine Volksabstimmung zu den mit den EU-Rettungspaketen in Verbindung stehenden Reformzwängen durchführen. Bei allem Verständnis für die Situation in Griechenland – in Deutschland kommt noch kein Politiker auf die Idee, eine Volksabstimmung zu den immer höheren Griechenlandhilfen zu fordern. Noch nicht.